

Die Agrarier sollen mitzahlen!

Die staatliche Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt gibt den Meterzentner Mehl um 42 Kronen ab. Von der nächsten Woche an soll der Abgabepreis auf 100 Kronen erhöht werden. Der Ertrag dieser Preiserhöhung wird auf 1100 Millionen Kronen geschätzt. Die Gütertarife der Staatseisenbahnen werden vom 1. September an um 70, für Kohlen um 40 Prozent erhöht; dadurch werden die Einnahmen um wenigstens 400 Millionen Kronen erhöht. Gleichzeitig tritt die Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren in Kraft; ihr Erträgnis ist mit 63 Millionen Kronen veranschlagt. Der Staat belastet also das Volk mit einem Schlag mit neuen Abgaben im Betrag von 1563 Millionen Kronen. Da sage noch einer, daß der Finanzminister sein Geschäft nicht verstehe!

Man sagt uns, die neuen Abgaben seien notwendig, weil der Staat das Getreide teurer bezahlen muß und weil die Betriebskosten der Eisenbahnen und der Post infolge der allgemeinen Geldentwertung gestiegen sind. Wir wollen das zugeben, soweit es sich um die Eisenbahnen und die Post handelt. Wir können den Staat auch nicht dafür verantwortlich machen, daß er das Getreide in der Ukraine und in Rumänien teuer bezahlen muß. Aber soweit der Staat den Mehl- und Brotpreis deshalb erhöhen muß, weil er selbst den österreichischen Agrariern eine Erhöhung der Uebernahmispreise für Getreide bewilligt hat, ist die Regierung für die bittere Notwendigkeit dieser neuen Volksbelastung verantwortlich. Die Regierung hat den Agrariern, die für ihr Korn bisher 40 Kronen für den Meterzentner bekamen, Preise von 55 bis 80 Kronen, je nach dem Zeitpunkt der Ablieferung, bewilligt; also eine Preiserhöhung von 37 bis 100 Prozent. Das ist ein Geschenk von ungefähr einer halben Milliarde an die österreichischen Agrarier! Wäre die Regierung nicht gar so freigiebig auf unsere Kosten, dann brauchte sie heute nicht 1563 Millionen, sondern nur ungefähr 1000 Millionen Kronen neuer Einnahmen und der Mehlpreis müßte dann nicht auf 100, sondern nur auf ungefähr 70 Kronen erhöht werden.

Nun hat die Regierung den Agrariern dieses Geschenk gemacht. Und wenn die Regierung schenkt, muß das Volk bezahlen. Wir müssen also 1100 Millionen Kronen irgendwie aufbringen, um die Verteuerung des inländischen und des ausländischen Getreides zu decken. Wie soll das geschehen? In Deutschland verfährt man in folgender Weise: man verrechnet das teure Getreide aus Rumänien und der Ukraine der Heeresverwaltung und rechnet dem Zivilkonsum nur das wohlfeilere heimische Getreide zu. Die Mehrkosten des ausländischen Getreides belasten also nicht die einzelnen Konsumenten, sondern den Staatsschatz. Sie werden durch Steuern gedeckt, die nicht wie eine Brotpreiserhöhung alle Verbraucher gleichmäßig belasten, sondern nach der Höhe des Einkommens abgestuft werden können. Würden wir in Oesterreich in gleicher Weise verfahren, dann müßte der Mehlpreis nur soweit erhöht werden, als dies die von der Regierung bewilligte Erhöhung der heimischen Getreidepreise erfordert. Dazu würde eine Erhöhung des Mehlpreises auf höchstens 70 Kronen genügen, während die Regierung ihn auf 100 Kronen erhöhen will. Die Kosten des teuren ausländischen Getreides würden dann das Heereserfordernis um ungefähr 500 bis 600 Millionen Kronen erhöhen, was bei dem gegenwärtigen Heeresbudget nicht allzu viel ausmacht und durch einen progressiven Zuschlag zur Einkommensteuer, ja sogar ohne jede neue Belastung durch bloße Ersparnisse der Heeresverwaltung, die sehr leicht möglich wären, unschwer einzubringen wäre.

Die Regierung lehnt auch diesen Vorschlag ab. Sie will, daß die 1100 Millionen Kronen zur Gänze von den Konsumenten getragen werden. Gut! Aber wie getragen? Es gibt zweierlei Konsumenten: die Selbstversorger und die Staatsversorgten. Die Selbstversorger sind die Landwirte, die den Teil ihrer Ernte, der ihnen überlassen wird, selbst vermahlen lassen und verbrauchen; die Staatsversorgten bilden die städtische und die industrielle Bevölkerung, die mit dem vom Staate beschlagnahmten Getreide ernährt wird.

Wir haben in Oesterreich ungefähr zehn Millionen Selbstversorger und ungefähr siebzehn Millionen Staatsversorgte. Wenn schon die Konsumenten die Kosten der Verteuerung des Getreides decken sollen, so müßten es doch offenbar beiderlei Konsumenten sein, die Selbstversorger gerade so wie die Staatsversorgten, die Agrarier ebenso wie das Stadtvolk. Aber so meint es die Regierung nicht! Nach ihrem Plane sollen die 17 Millionen Staatsversorgten allein die 1100 Millionen Kronen aufbringen; die Agrarier sollen keinen Heller dazu beitragen! Nur deshalb, weil die ganze Last nicht auf 27 Millionen, sondern nur auf 17 Millionen Menschen verteilt werden soll, muß sie den einzelnen so furchtbar schwer treffen. Nur deshalb, weil die Agrarier nicht mitzahlen, muß man den Mehlpreis für die städtische Bevölkerung mit einem Schlage von 42 auf 100 Kronen erhöhen, was dann, da gleichzeitig auch noch die Aufschläge der Müller und der Bäcker erhöht werden, freilich zur Folge hat, daß der Preis eines Laibes Brot in Wien von 72 Heller auf 1.56 Kronen, in den anderen Städten in ungefähr gleichem Verhältnis erhöht werden muß.

Ist das wirklich notwendig? Gibt es keine Möglichkeit, das ganze Volk einschließlich der Agrarier zur Deckung des Erfordernisses von 1100 Millionen Kronen heranzuziehen und dadurch die Last, die dem einzelnen Verbraucher auferlegt werden muß, zu verkleinern? Es gibt eine solche Möglichkeit und sie ist sehr einfach. Der Selbstversorger, der das ihm überlassene, zur Ernährung seiner Familie bestimmte Getreide ausmahlen lassen will, braucht dazu einen Mahlschein. Nehmen wir nun an, die Bezirkshauptmannschaften würden diesen Mahlschein nur gegen die Entrichtung einer Gebühr ausstellen und diese Gebühr würde etwa 36 Heller von jedem Kilogramm auszumahlenden Getreides betragen. Das Erträgnis des Staatsschatzes aus diesen Mahlscheingebühren wäre so groß, daß der Staat dann den Mehlpreis für die Staatsversorgten nur um 40 Kronen für den Meterzentner erhöhen müßte. Der Staatsschatz käme dabei nicht zu kurz; er bekäme auch auf diese Weise die 1100 Millionen, die er braucht. Die städtische und industrielle Bevölkerung würde entlastet: der Mehlpreis würde nicht, wie es die Regierung vorschlägt, um 58, sondern nur um 40 Kronen für den Meterzentner erhöht. Die Agrarier aber könnten sich darüber nicht beklagen; denn damit würde dem reichsten Landwirt doch nur eine ebenso hohe Abgabe auferlegt wie dem ärmsten städtischen Arbeiter. Es wäre das Prinzip verwirklicht, daß die Kosten des teuren Getreides von allen Brotverbrauchern gleichmäßig aufgebracht werden sollen; aber den Landwirten bliebe noch der Vorteil, daß sie mehr Brot verzehren können als die Städter, daß ihnen ihre Brotquote gewiß ist, während der Städter der seinen nie sicher ist, und daß sie, wenngleich ihr Eigenverbrauch belastet wird, doch von dem Teil des Getreides, den sie der Stadt liefern, um fünfzehn bis vierzig Kronen für den Meterzentner mehr lösen als im vorigen Jahre. Uns dünkt, das wäre der Vorteile genug! Dabei reden wir gar nicht darüber, daß auch die Erhöhung der Eisenbahntarife und der Postgebühren die Städte und die Industrie viel schwerer belastet als das Land.

Wenn die Regierung schon den Agrariern so maßlos hohe Getreidepreise bewilligt hat; wenn sie sich schon weigert, die Mehrkosten des ausländischen Getreides auf den Staatsschatz zu übernehmen und sie durch Ersparnisse der Heeresverwaltung oder durch die Erhöhung der Besitzsteuern zu decken; wenn sie schon darauf besteht, die ganzen Mehrkosten, die aus der Verteuerung des inländischen und des ausländischen Getreides erwachsen, den Brotverbrauchern aufzuerlegen, dann ist das wenigste, was wir fordern müssen, dies, daß zur Deckung dieser Kosten alle Brotverbraucher herangezogen werden, die Agrarier ebenso wie das Stadtvolk. Unser Vorschlag zeigt der Regierung den Weg, dies zu verwirklichen. Er ist einfach durchzuführen. Er kostet dem Staatsschatz nichts. Und er ist gerecht, da er von den ländlichen Brotkonsumenten weder mehr noch weniger fordert als von den städtischen. Es gibt keinen Grund, keinen Vorwand, diesen Vorschlag abzulehnen. Wenn schon gezahlt werden muß, dann sollen die Agrarier mitzahlen! Daß alle Lasten der städtischen und industriellen Bevölkerung allein auferlegt werden, wird schließlich unerträglich.